

Die USA unter Präsident Obama und die Schweiz

Von Andreas Zumach

Bis zu 80 Prozent der SchweizerInnen hatten sich in diversen Umfragen vor der US-Präsidentschaftswahl für Barack Obama ausgesprochen. Selbst wenn man den Bradley-Effekt einkalkuliert, hätte immer noch eine sehr große Mehrheit der Eidgenossen dem afroamerikanischen Kandidaten der Demokraten tatsächlich auch ihre Stimme gegeben, wäre er in der Schweiz zur Wahl gestanden. Jetzt, da Obama den Kampf ums Weiße Haus in Washington gewonnen hat, besteht die Chance, daß die künftige Außen-, Sicherheits- und Umwelt/Energiepolitik der USA wieder auf größere Zustimmung trifft bei Politik, Medien und Bevölkerung der Schweiz, als in den acht „dunklen Jahren“ der Bush-Administration. Nicht ausgeschlossen ist auch Übereinstimmung oder gar Kooperation zu Themen, bei denen die Berner Regierung in

den letzten Jahren auf - zumeist unberechtigte und unglaubwürdige - Kritik aus Washington gestoßen ist. Zu verschärften Konflikten zwischen Washington und Bern könnte es allerdings im Bereich Steuerpolitik/Banken sowie in Handelsfragen kommen.

(Die Bestätigung der Mitglieder der neuen Administration, deren Ernennung der Kongreß zustimmen muß, könnte angesichts der komfortablen Mehrheit der Demokraten in Senat und Abgeordnetenhaus zügiger verlaufen, als nach allen Präsidentschaftswahlen seit Ende der 80er Jahre. Dann wäre Präsident Obama nicht erst im Sommer nächsten Jahres, sondern schon sehr bald nach seinem Amtsantritt am 20. Januar 2009 handlungsfähig.)

Den ersten sichtbaren und für die Schweiz wie das übrige Europa nicht nur symbolisch bedeutsamen Schwenk weg von der Linie der Bush-Administration wird Obama

möglicherweise in der Umweltpolitik vollziehen. Denn hier bedarf es keiner großen neuen Konzepte, sondern lediglich der Aufgabe einer achtjährigen Blockade. Obama könnte ankündigen, daß die USA das von Bush abgelehnte Kioto-Klimaschutz-Protokoll unterzeichnen und sich ohne Vorbehalte an den im Frühjahr 2.009 beginnenden Verhandlungen für ein Nachfolgeabkommen beteiligen. Ähnliches gilt für den Bereich Völkerrecht und Menschenrechte. Obama könnte die Unterschrift unter das Statut des Internationalen Strafgerichtshofs , die sein Vorgänger Clinton bereits geleistet, Bush aber zurückgezogen hatte, erneuern und das Statut dem Senat zur zügigen Ratifizierung zuleiten. Vorstellbar ist auch, daß Obama die völkerrechtswidrige Einstufung der Guantanamo-Häftlinge als „rechtlose Kämpfer“ korrigiert und ausdrücklich anerkennt, daß die Genfer Konventionen und damit die Betreuungsverantwortung und Zugangsrechte des IKRK auch für diesen

Personenkreis uneingeschränkt gelten. Zudem könnte Obama die bisherige Blockaden rechtsstaatlicher Verfahren gegen diese Häftlinge durch die Bush-Administration beenden und einen konkreten Zeitpunkt für die Schließung Guantanamos benennen.

Auch eine Aufhebung aller - zum Teil immer noch geheimen-Direktiven der Bush-Administration, die US-amerikanischen Verhörspezialisten das „water-boarding“ von Gefangenen sowie andere Verstöße gegen die (von den USA ratifizierte)

Folterverbotskonvention der UNO erlauben, würde hierzulande sicher auf großen Beifall stoßen.

Neben dem versprochenen Abzug der Truppen aus Irak wird Obama möglicherweise auch einen neuen Anlauf für eine gerechte Lösung des israelisch-palästinensischen Kernkonflikts im Nahen Osten nehmen. Eine gute Grundlage hierfür böte die „Genfer Initiative“, die mit maßgeblicher Unterstützung der Schweiz von versöhnungs- und friedensbereiten

VertreterInnen beider Seiten ausgearbeitet wurde. Angesichts der weiterhin drohenden Gefahr einer kriegerischen Eskalation des Streits um das iranische Atomprogramm wäre es noch dringer, daß Obama möglichst bald sein Wahlkampfversprechen eines Treffens ohne Vorbedingungen mit dem iranischen Präsidenten Mahmud Achmedinedschad umsetzt. Bei dem Versuch, die bilateralen Beziehungen zwischen Washington und Teheran zu verbessern, könnte die Schweiz zumindest hinter den Kulissen ihre Dienste anbieten und eine hilfreiche Rolle spielen. Anders als die Bush-Administration, die entsprechende Bemühungen der Schweiz - z.B. die ihres früheren Schweizer Botschafters in Teheran, Tim Guldemann - immer schnöde zurückwies und scheitern ließ, könnte die Regierung Obama daran durchaus Interesse haben.

Verschärfte Konflikte der Schweiz mit Washington drohen hingegen im Bereich der Finanz- und Wirtschaftspolitik.

Seit der Ex-UBS-Mitarbeiter Bradley

Birkenfeld vor Gericht in den USA ausgesagt hat, daß seine Bank amerikanischen BürgerInnen bei der Steuerhinterziehung half versuchen die USA an die Daten der Kunden heranzukommen. Doch eine Herausgabe der UBS-Kundenlisten an US-amerikanische Steuerbehörden würde nach Auffassung des Bundesrates gegen das Schweizer Bankgeheimnis verstoßen. Den US-Fiskus interessiert das allerdings nicht. Er erwartet die volle Kooperation der Schweiz und ihrer Banken. Die Obama -Administration wird den Druck auf die Schweiz noch erhöhen. Noch als Senator hatte der neue Präsident eine Gesetzesvorlage zur Bekämpfung von Steueroasen eingebracht. Dazu zählt Obama ausdrücklich auch die Schweiz.

Auch wenn Obama seine protektionistischen Wahlversprechen an die Gewerkschaften zur Sicherung „amerikanischer Jobs“ umsetzen sollte, wird dies wahrscheinlich zu verstärkten Spannungen mit der Schweiz und anderen Industriestaaten führen. Bereits Präsident Bush hatte in den letzten acht

Jahren mehrfach zur Notbremse gezogen, und zum Schutz der heimischen Stahlindustrie und anderer schwächerer Branchen Einfuhrzölle und andere Restriktionen gegen Importe aus Europa, Japan und Südkorea verhängt. Dies war jedesmal ein Verstoß gegen die im Rahmen der WTO vereinbarten Freihandelsbestimmungen und führte zu Streitverfahren vor den WTO-Schiedsausschüssen, die Washington sämtlich verlor.